

Bundesministerium für Justiz  
Museumstrae 7  
1070 Wien

per E-Mail: [team.z@bmj.gv.at](mailto:team.z@bmj.gv.at)  
[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

**ZI. 13/1 20/56**

**2020-0.348.111**

**BG, mit dem das Urheberrechtsgesetz und das  
Verwertungsgesellschaftengesetz 2016 geändert werden (Urheberrechts-  
Novelle 2021 - Urh-Nov 2021)**

**Referent: Dr. Egon Engin-Deniz, Rechtsanwalt in Wien  
Mag. Hans Albert Lederer, Rechtsanwalt in Wien**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der österreichische Rechtsanwaltskammertag (ÖRAK) dankt für die Übersendung  
des Entwurfes und erstattet dazu folgende

### **S t e l l u n g n a h m e :**

Die Textvorschläge zur Umsetzung der Ausnahmen und Beschränkungen sowie der  
Bestimmungen zu vergriffenen Werken und der erweiterten kollektiven  
Rechtewahrnehmung der Richtlinie (EU) 2019/790 **werden begrüßt.**

Aufgabe des ÖRAK ist nicht, rechtspolitische Stellungnahmen abzugeben oder die  
Interessen einzelner Stakeholder zu vertreten, sondern auf die Klarheit und  
Eindeutigkeit neuer gesetzlicher Regelungen, deren leichte Handhabbarkeit und  
Durchsetzbarkeit, aber auch auf die Einhaltung einer gesetzlichen Systematik zu  
achten, sowie auf die Erreichung einer möglichst großen Einheit der Rechtsordnung  
hinzuwirken.

Der im Entwurf neu vorgesehene ** 42f Abs 2 UrhG** zu Karikaturen, Parodien und  
Pastiches dient der Umsetzung von Art 7 Abs 7 Unterabs 2 der Richtlinie (EU) 2019/70.  
Während die Richtlinie eine verpflichtende Ausnahme bzw Beschränkung nur in  
Zusammenhang mit nutzergenerierten Inhalten auf Online-Plattformen vorsieht, ist  
eine entsprechende Einschränkung im Gesetzesentwurf nicht vorgesehen.



Karikaturen, Parodien und Pastiches eignen sich im besonderen Maße als Stilmittel, um die eigene Meinung zu vertreten. Das Recht der freien Meinungsäußerung umfasst daher zurecht auch die Möglichkeit, zum Zwecke des Ausdrucks derselben sich im Rahmen der freien Werknutzung geschützter Inhalte zu bedienen. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung dient aber in aller Regel nicht kommerziellen Zwecken. Das Recht auf wirtschaftliche Betätigung ist grundrechtlich durch die Erwerbsfreiheit und auf europäischer Ebene durch die Freizügigkeit des AUEV gewährleistet.

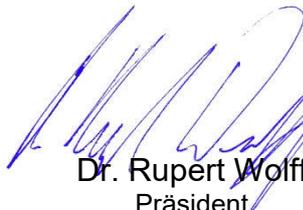
Kommerzielle Nutzungen veröffentlichter Werke sollten daher von § 42f Abs 2 UrhG nicht umfasst sein bzw für derartige kommerzielle Nutzungen eine kollektive Rechtswahrnehmung durch die Verwertungsgesellschaften vorgesehen und somit die Entgeltlichkeit sichergestellt werden. Es mag sein, dass die Richtlinie dem nationalen Gesetzgeber ausreichenden Spielraum für eine weitergehende freie Werknutzung auch zu kommerziellen Zwecken lässt. Die Übererfüllung von EU-Richtlinien ("gold plating") ist dem Ziel, einen einheitlichen Rechtsraum in der EU und im EWR zu schaffen, jedoch abträglich. In concreto ist sie auch für die jeweiligen Urheber bzw Leistungsschutzberechtigten nachteilig.

Der im Entwurf grundsätzlich überarbeitete **§ 42g UrhG** zu digitalen Nutzungen in Unterricht und Lehre legt in **Abs 2 1. Satz** die erlaubte Nutzung bei Werken, die ihrer Beschaffenheit und Bezeichnung nach zum Schul- oder Unterrichtsgebrauch bestimmt sind, und bei Filmwerken mit einem **fixen Prozentsatz** des jeweiligen Werks fest. Die vorgeschlagene starre Lösung birgt die Gefahr, im Einzelfall nicht sachgerecht zu sein (umfangreichere Werke sind benachteiligt) und erst recht weitläufige Diskussionen auszulösen über die Bezugsgröße, auf deren Basis der Prozentsatz zu errechnen ist (zB Seiten, Aufgaben). Nach Ansicht des ÖRAK wäre eine sachgerechtere Lösung, hier – ähnlich wie im Bereich des kleinen Zitats ("einzelne Stellen") – eine flexible Formulierung zu finden (zB Beschränkung auf "geringfügige Auszüge" oä).

Im Übrigen besteht Einverständnis zum Entwurf.

Wien, am 17. Juli 2020

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG

  
Dr. Rupert Wolff  
Präsident

